

## **Gewalt, Extremismus und Transformation**

Diese Studie hinterfragt gängige Vermutungen und Stereotype zum kontrovers diskutierten Thema politischer Gewalt im internationalen Vergleich von 119 Entwicklungs- und Transformationsländern. Sie macht darauf aufmerksam, dass religiös motivierter Extremismus zwar an Zulauf gewinnt, aber noch immer lediglich für einen relativ kleinen Prozentsatz von politischen Gewalttaten weltweit verantwortlich ist. Zudem wird die vorrangige Beschäftigung der westlichen Länder mit transnationalem Terrorismus der tatsächlichen Lage nicht gerecht, da der überwiegende Anteil von extremistischen Gewalttaten in Entwicklungs- und Transformationsländern auf lokaler Ebene entsteht und dort auch ausgeübt wird.

Es ist deshalb ein nüchterner und differenzierter Blick auf das Bedrohungspotential von militanten und extremistischen Kräften gefragt. Wenn politische Gewalt und Terrorismus zumeist hausgemacht sind, dann sollte die Vielzahl von lokalen Ursachen wie Armut, Ausgrenzung oder Staatszerfall eine höhere Aufmerksamkeit erhalten. Besonders wichtig sind hier die politischen Institutionen der Zielländer, die hinsichtlich ihrer konsensbildenden und stabilisierenden Kapazitäten untersucht werden müssen.

Vier Kernergebnisse im Überblick:

1. In den 119 vom Bertelsmann Transformation Index 2006 untersuchten Ländern nahm die Anzahl der politischen Konflikte insgesamt zu, allerdings sank deren Gewaltintensität. Eine Krisenzone zieht sich von Nordafrika und dem Nahen Osten über den Kaukasus bis nach Süd- und Südostasien. Hier werden die meisten innerstaatlichen Konflikte ausgetragen und über 80 Prozent aller terroristischen Anschläge verübt. Am stärksten betroffen sind Afghanistan, Indien, Indonesien, Irak, Pakistan, die Philippinen, Russland und Thailand.

2. Die Anzahl ethno-nationalistischer Konflikte ist ebenso rückläufig wie die gewaltsame Unterdrückung und Diskriminierung ethnischer Minderheiten. Reichweite und Intensität von religiösem Extremismus und Terrorismus hingegen haben zugenommen, besonders im Nahen und Mittleren Osten sowie im asiatischen Raum. Allerdings sind die Erscheinungsformen von religiösem Extremismus vielschichtiger und ungesteuerter als gemeinhin vermutet. Lediglich 26 Prozent aller terroristischen Gruppen weltweit lassen sich dem religiösen – vor allem islamistischen – Extremismus zuordnen.

3. In Autokratien werden Konflikte im Regelfall gewalttätiger ausgetragen als in Demokratien. Je weniger entfaltet eine Demokratie, desto höher das Risiko von Extremismus und Gewalt.

Trotzdem führt Demokratisierung nicht zwangsläufig zu einer höheren Friedfertigkeit innergesellschaftlicher Konfliktaustragung. Nur in gefestigten Demokratien sind gewalttätige Konflikte

die Ausnahme. Demokratien mit schweren Defiziten in den Bereichen Staatlichkeit, Partizipation oder Rechtsstaatlichkeit sind sogar besonders anfällig für terroristische Anschläge.

4. Extremismus und Militanz können nicht alleine auf eine Ursache zurückgeführt werden. Zusätzlich zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Faktoren spielt auch das jeweilige politische Institutionengefüge eine wichtige Rolle. Wenn das Regierungssystem die Gewaltenteilung begünstigt, proportionale Interessenvertretung ermöglicht und in angemessenem Rahmen föderale Strukturen einräumt, kann dies in fragmentierten Gesellschaften konsensfördernd und konfliktschlichtend wirken.

Politische Gewalt und insbesondere Terrorismus fordern die demokratische Ordnung grundsätzlich heraus, in Wahrung der Ordnung wie in Erhalt der liberalen Prinzipien. In den meisten Ländern besteht der einzig gangbare Weg darin, kurzfristige Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung und Abschreckung mit einer langfristigen Herangehensweise zu kombinieren, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Hauptursachen des militanten Protestes berücksichtigt.

Die internationale Gemeinschaft kann und muss Unterstützung gewähren, gerade in den Bereichen der Deeskalation und des Wiederaufbaus. Externe Unterstützung stößt jedoch schnell an ihre Grenzen. Die Verantwortung für eine demokratische und stabile Ordnung liegt letztlich bei den lokalen Entscheidungsträgern.

---

Die Autoren dieser Studie sind Prof. Dr. Aurel Croissant und Nicolas Schwank vom Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karl-Universität, Heidelberg.

Kontakt: Prof. Dr. Aurel Croissant, [aurel.croissant@urz.uni-heidelberg](mailto:aurel.croissant@urz.uni-heidelberg), Tel.: 06221 – 542 882.

Die Studie wurde in Verbindung mit den umfassenderen Ergebnissen des Bertelsmann Transformation Index 2006 erstellt, die für 119 Entwicklungs- und Transformationsländer die wesentlichen Demokratiedefizite und Entwicklungsblockaden aufzeigen: [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de). Der BTI ist der erste Index, der in transparenter und umfassender Weise selbsterhobene Daten zur Qualität politischer Führung im internationalen Vergleich anbietet..

Kontakt:

Sabine Donner, [sabine.donner@bertelsmann.de](mailto:sabine.donner@bertelsmann.de), Tel.: 05241 – 8181 501

Dr. Hauke Hartmann, [hauke.hartmann@bertelsmann.de](mailto:hauke.hartmann@bertelsmann.de), Tel.: 05241 – 8181 389